

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #13

Mai 2019

Landtagswahl Bremen 2019

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte. Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».

Datengrundlage

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Bremen basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten des Landeswahlleiters. Alle Angaben zum Wahlergebnis und Sitzverteilungen sind lediglich Hochrechnungen. Das vorläufige amtliche Endergebnis lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Schnellanalyse noch nicht vor.

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung.....	3
2	Wahlergebnis.....	4
	2.1 Stimmverteilung	4
	2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven	5
3	Politische Stimmung vor der Wahl	7
	3.1 Landtagswahl im Kontext von Europa- und Kommunalwahlen	7
	3.2 Landespolitische Stimmung & Kompetenzzuschreibungen vor der Wahl	8
	3.3 Personen- und Parteiasspekte	10
4	Wahlverhalten im Detail	12
	4.1 Zufriedenheit & Alter	12
	4.2 Geschlecht & Berufsgruppe	13

1 Zusammenfassung

› Wahlergebnis (Hochrechnung) ‹

Mit der Wahl gehen – wie im Vorfeld bereits erwartet – nach den ersten Hochrechnungen deutliche Verluste für die SPD einher. Klarer Wahlgewinner ist damit die CDU, die zwar unter ihrem selbsterklärten Wahlziel („30+X“) und deutlich unter früheren Ergebnissen bleibt, aber das Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD für sich entscheidet. Erstmals seit gut 70 Jahren liegt die CDU in Bremen damit auf Platz eins – und das mit einem politischen Quereinsteiger als Spitzenkandidaten. Ebenfalls Wahlgewinner sind die Grünen, die nach zwölf Jahren in Regierungsverantwortung gestärkt und als klar dritte Kraft aus der Wahl hervorgehen. Besonders auffällig ist die Altersstruktur in der Wählerschaft – die Überalterung der ehemaligen Volksparteien schreitet voran, wohingegen vor allem Grüne, aber auch Linke bei der jüngeren Wählerschaft überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

› Wahlbeteiligung ‹

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung war auch bei der Landtagswahl in Bremen deutlich. Mit rund 62 Prozent ist die Wahlbeteiligung rund 12 Prozentpunkte höher als 2015. Bremen liegt damit im unteren Mittelfeld der jüngsten Landtagswahlen.

› Parlament & Regierungsbildung ‹

Die CDU ist mit voraussichtlich 24 Abgeordneten stärkste Kraft in der Bürgerschaft, auf Rang zwei und drei folgen SPD (22 Sitze) und Grüne (16 Sitze). Die weiteren Parteien erhalten voraussichtlich an Mandaten: Linke 9 Sitze, AfD und FDP je 6 Sitze sowie Bürger in Wut (BiW) 1 Sitz, wobei durch die noch laufende Auszählung noch Veränderungen möglich sind. Damit sind zwei Koalitionen rechnerisch und politisch möglich, zum einen eine rot-grün-rote Koalition aus SPD, Grünen und Linken und zum anderen eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP. Letztere gilt als weniger wahrscheinlich und ist bei den Bürger/innen zumindest vor der Wahl weniger gewünscht. Die Grünen haben sich jedoch explizit beide Optionen offengehalten und werden damit zum entscheidenden Akteur in den anstehenden Koalitionsverhandlungen.

› Politische Stimmung & Wahlmotive ‹

Die Landtagswahl ist klar landespolitisch bestimmt, nur rund jede/r fünfte Wähler/in entscheidet sich aus bundespolitischen Gründen für die gewählte Partei. Thematisch prägen vor allem Fragen der öffentlichen Infrastruktur den Wahlkampf, also die Aspekte Bildung/Schule, Verkehr und Wohnen/Mieten. In Bremerhaven prägt die Arbeitsmarktpolitik die Problemagenda.

› Wahlkontext ‹

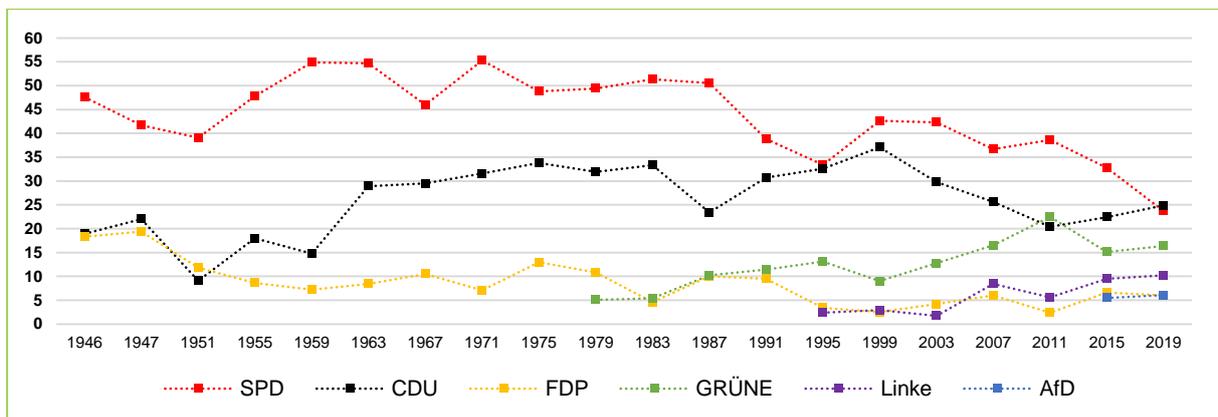
Zeitgleich zur Wahl zur 20. Bremischen Bürgerschaft finden in Bremen die Europawahl sowohl Kommunalwahlen statt. In der Stadt Bremen findet zudem zeitgleich ein Volksentscheid über die zukünftige Nutzung des Galopprennbahngeländes statt.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung¹

Mit der Landtagswahl in Bremen am 26. Mai 2019 endet eine Ära: Nach sieben Jahrzehnten ist die SPD gemäß den Hochrechnungen erstmals nicht mehr stärkste Kraft (vgl. Abbildung 1).

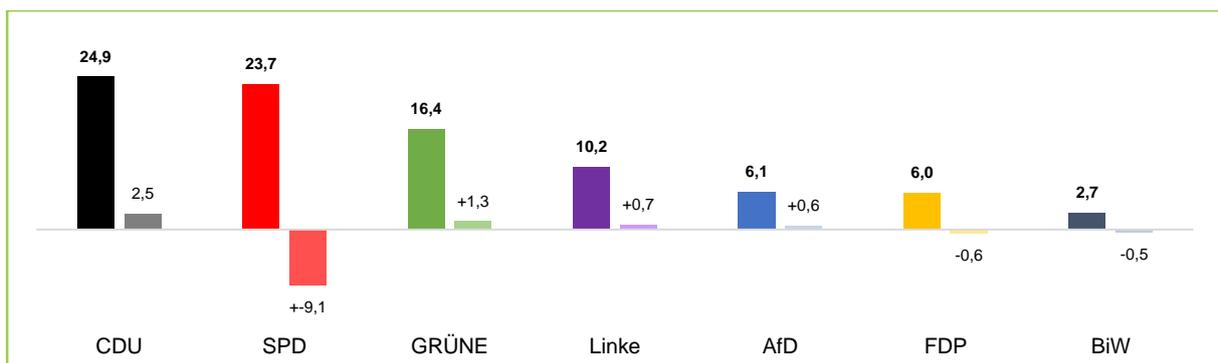
Abbildung 1: Wahlergebnisse Bremen im Zeitverlauf



Stimmanteile ausgewählter Parteien bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft (in Prozent) sowie Hochrechnung für die Wahl 2019; Quelle: wahlrecht.de sowie Forschungsgruppe Wahlen/zdf.de.

Der CDU ist es gelungen, mit einem Quereinsteiger stärkste Kraft im Zwei-Städte-Staat zu werden. Die Grünen können nach zwölf Jahren in Regierungsverantwortung ihr Ergebnis leicht steigern. Der Bremischen Bürgerschaft gehören künftig erneut sieben Parteien/Wählerlisten an. Mit Blick auf die Vorläufigkeit der Ergebnisse wird auf eine detaillierte Diskussion der Veränderungen an dieser Stelle verzichtet. Die Wahlbeteiligung ist mit rund 62 Prozent um rund 12 Prozentpunkte höher als 2015.

Abbildung 2: Wahlergebnis Bremen 2019 (Hochrechnung)



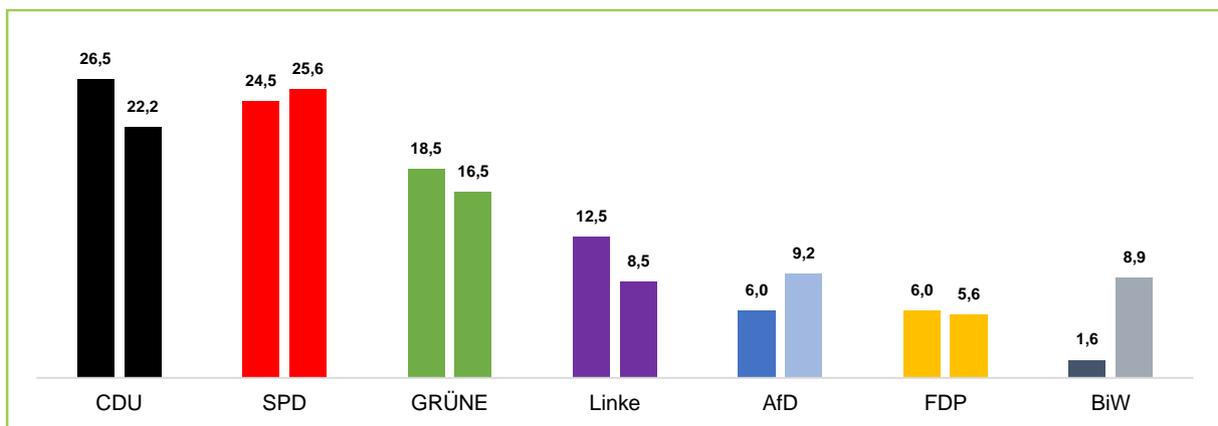
Ergebnisse der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019 (Anteile in Prozent; Hochrechnung Landeswahlleiter, Stand 00:32 Uhr am 27.05.19; Veränderungen zur Landtagswahl 2015 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiter/Forschungsgruppe Wahlen/www.zeit.de (nur BiW). Datengrundlage: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

¹ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung liegt das vorläufige amtliche Ergebnis für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft noch nicht vor. Das vorläufige amtliche Endergebnis ist ab 29.05.2019 online auf der Seite des Landeswahlleiters abrufbar (www.wahlen.bremen.de). Dieser boell.brief basiert daher auf Prognosen und Hochrechnungen (Landeswahlleiter, infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen).

2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven

Im Parlament sind mit CDU, SPD, Grünen, Linke, AfD, FDP und BiW (Bürger in Wut) wieder sieben Parteien bzw. Wählerlisten mit insgesamt 84 Abgeordneten (bislang: 83) vertreten.² Bemerkenswert sind die weiterhin deutlichen Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven. Die Wählerschaft der beiden Wahlbereiche des Zwei-Städte-Staats zeigen zum Teil klar unterschiedliche Wahlpräferenzen, was nicht zuletzt der sehr unterschiedlichen ökonomisch-sozialen Situation in den beiden Städten sowie damit verbunden unterschiedlichen Problemagenden in der Wählerschaft (vgl. Abschnitt 3.2) geschuldet sein dürfte. So verdanken die „Bürger in Wut“ ihren Sitz in der Bremischen Bürgerschaft ihrem Abschneiden in Bremerhaven, in der Stadt Bremen bleiben sie unter der 5-Prozent-Hürde.

Abbildung 3: Wahlergebnis Stadt Bremen & Bremerhaven 2019



Gesamtstimmenanteile in Prozent gemäß Prognose (Stadt Bremen) bzw. Hochrechnung (Bremerhaven); Quelle: infratest dimap/tagesschau.de.

Bedingt durch das komplexe Wahlsystem in Bremen dauert die Auszählung zum Zeitpunkt dieser Schnellanalyse noch an. Daher ist noch nicht bekannt, welche konkreten Personen in die Bremische Bürgerschaft einziehen. Gleichwohl lässt sich mit Blick auf das Kandidatenfeld für den **Frauenanteil** festhalten: Von insgesamt 401 Bewerber/innen sind nur 122 Frauen. Der Frauenanteil liegt damit bei 30,4 Prozent, also noch unter dem bisherigen Anteil im Parlament von rund 34 Prozent. Dabei zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven. Im Wahlbereich Bremen treten insgesamt 14 Parteien und Wählervereinigungen mit insgesamt 105 Bewerberinnen und 219 Bewerbern an (Frauenanteil: 32,4 Prozent), im Wahlbereich Bremerhaven elf Parteien und Wählervereinigungen mit insgesamt 17 Bewerberinnen und 60 Bewerbern (Frauenanteil 22,1 Prozent). In beiden Teilgebieten sowie in der Gesamtheit ist das Bewerberfeld damit weit von einem paritätischen Personalangebot entfernt. Es ist damit anzunehmen, dass Frauen auch in der neu gewählten Bürgerschaft deutlich unterrepräsentiert sein werden.

² Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft erfolgt mittels Verhältniswahl mit offenen Listen. Jede/r Wahlberechtigte kann bis zu fünf Stimmen vergeben (aktives Wahlrecht: 16 Jahre; passives Wahlrecht: 18 Jahre). Die fünf Stimmen können beliebig auf Kandidaten (Personenwahl) oder Listenvorschläge insgesamt (Listenwahl) verteilt werden. In beiden Fällen ist kumulieren bzw. panschieren zulässig. Das Wahlrecht wurde zuletzt mehrfach verändert, so auch zur aktuellen Wahl. Wie bisher sind bis zu fünf Stimmen zu vergeben. Die Sitze in den beiden Wahlbereichen (Bremen; Bremerhaven) werden getrennt auf die Parteien entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Wahlbereich erhaltenen Stimmen verteilt. Die in Personen- und Listenwahl abgegebenen Stimmen werden dabei zusammengezählt. Aus dem Verhältnis von Listen- und Personensimmen einer Partei wird berechnet, wie viele Listen- und Personensitze verteilt werden. Zunächst werden die Sitze nach Personenwahl vergeben (bis 2015: Listenwahl-Sitze zuerst). Ab dieser Wahl umfasst die Bremische Bürgerschaft 84 Sitze (davon Bremen: 69, Bremerhaven: 15). Als einziges Bundesland trägt die Legislaturperiode in Bremen weiterhin vier Jahre. Bremen und Bremerhaven bilden getrennte Wahlbereiche, dies gilt auch für die Fünf-Prozent-Klausel. Im Zwei-Städte-Staat (Bremen und Bremerhaven) sind die Kommunalwahlen mit der Landtagswahl verknüpft. In Bremen findet die Wahl der „Stadtbürgerschaft“ gleichzeitig mit der Wahl der Bürgerschaft statt, wobei es keine eigenen Stimmzettel gibt (dazu kommt die Wahl von 338 Beiratsmitgliedern in 22 Beiräten). In Bremerhaven wird hingegen zeitgleich, aber in separater Wahl die „Stadtverordnetenversammlung“ gewählt.

Mit der Wahl endet die über sieben Jahrzehnte andauernde Vormachtstellung der SPD – ein in seiner Symbolik nicht gering zu schätzender Einschnitt. Zudem verliert die rot-grüne Landesregierung (zunächst unter Jens Böhrnsen, nach dessen Rücktritt unter Carsten Sieling) nach 12 Jahren ihre Regierungsmehrheit. Für die künftige Regierungsbildung in Form einer Minimal-Winning-Koalition ergeben sich damit nur wenige Möglichkeiten. Koalitionen mit AfD- oder BiW-Beteiligung sind nicht zu erwarten. Zudem hat der SPD-Landesvorstand vor der Wahl – im Angesicht schlechter Umfragewerte und dem drohenden Verlust der Führungsposition – überraschend eine Koalition mit CDU oder FDP ausgeschlossen, wohingegen sich die Grünen explizit gegen eine Koalitionsaussage entschieden haben.³ Damit bleiben mit diesem Strategiewechsel der SPD⁴ als mögliche Regierungskoalitionen noch zwei Drei-Parteien-Koalitionen: SPD-Grüne-Linke und CDU-Grüne-FDP (Jamaika).

Tabelle 1: Sitzverteilung

	Sitze	Gewinn/Verlust
CDU	24	4
SPD	22	-8
Grüne	16	+2
Linke	9	+1
AfD	6	+2
FDP	6	0
BiW	1	0

Sitze (absolut); Quelle: Hochrechnung FGW/ZDF Wahlberichterstattung.

Am wahrscheinlichsten ist die Option SPD-Grüne-Linke. Dafür sprechen verschiedene Faktoren. Zunächst ist auf **Parteebene** in Bremen eine große Nähe von SPD, Grünen und Linke zu erkennen, wohingegen die Differenzen zwischen Grünen und CDU/FDP trotz Eigenständigkeit bzw. Koalitionsoffenheit der Grünen größer erscheinen, was auch mit Blick auf die gemeinsame Regierungserfahrung eher für eine SPD-Grüne-Linke-Regierungsbildung spricht. Diese Nähe bzw. Differenz spiegelt sich darüber hinaus auch in der Parteilanhängerschaft, etwa in der Bürgermeister-Präferenz. Anhänger/innen von SPD, Grünen und Linken bevorzugen deutlich Carsten Sieling (SPD), Anhänger/innen von CDU und FDP deutlich Carsten Meyer-Heder (CDU) (infratest Mai II; FGW 05/19)⁵. Dazu kommt: In Bremen ist **keine Wechselstimmung** erkennbar. Zwar sind die Bremer/innen alles in allem mit ihrer Landesregierung eher unzufrieden, sie sehen aber zugleich nicht, dass eine CDU-geführte Regierung die anstehenden Probleme besser bewältigen könnte (vgl. Abschnitt 3). Damit verbunden ist schließlich die **Koalitionpräferenz** in der Bevölkerung: Zwar findet keine Koalition mehrheitlich Unterstützung, aber von den rechnerisch möglichen Koalitionen finden immerhin 39 Prozent SPD-Grüne-Linke, aber nur 26 Prozent Jamaika sehr gut bzw. gut (infratest Mai II). Damit ist, unabhängig von der tatsächlichen Koalitionsentscheidung, schon jetzt klar: Die künftige Koalition bzw. Landesregierung steht vor der Herausforderung, in der Bevölkerung erst noch um Zustimmung werben zu müssen, auch wenn die elektorale Mehrheit bereits gewonnen wurde.

³ buten un binnen: Bremer SPD schließt Koalition mit CDU aus; 17. Mai 2019; <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/spd-grosse-koalition-absage-100.html>; Bündnis 90/Die Grünen Bremen: Wer Grün will muss Grün wählen! Warum wir keine Koa-Aussagen machen; <https://gruene-bremen.de/wer-gruen-will-muss-gruen-waehlen-warum-wir-keine-koa-aussagen-machen>.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Rot-Rot-Grün oder nichts; 19.05.2019; <https://www.faz.net/-gpg-9n4ij>.

⁵ Datenbasis der Vorwahlbefragungen sind insbesondere:

infratest dimap Bremen vor der Brügerschaftswahl (Februar 2019), zitiert als „infratest Februar“;
infratest dimap LänderTREND Bremen Mai 2019, Erhebung 25.04-02.05.2019, zitiert als „infratest Mai I“;
infratest dimap LänderTREND Bremen Mai II 2019, Erhebung 13.-15.05.2019, zitiert als „infratest Mai II“;
Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer-Extra Bremen Mai I, Erhebung 13.-15.05.2019, zitiert als „FGW Mai I“;
Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer-Extra 05/2019, Erhebung 13.-15.05.2019, zitiert als „FGW 05/19“.

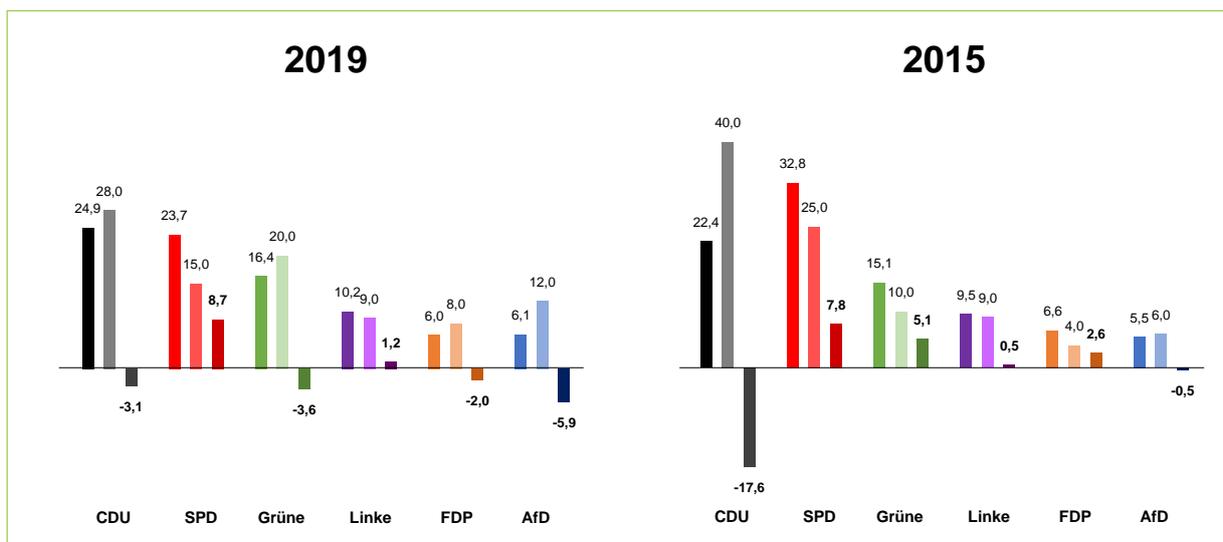
3 Politische Stimmung vor der Wahl

3.1 Landtagswahl im Kontext von Europa- und Kommunalwahlen

Zeitgleich mit der Wahl der Bremischen Bürgerschaft finden die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie zu den Kommunalparlamenten in Bremen und Bremerhaven statt. Die Europawahl könnte gerade in diesem Jahr einen (wenngleich schwer zu bemessenden) Effekt auf die Wählermobilisierung haben: Im Vergleich zur EP-Wahl 2014 ist das Interesse an dieser EP-Wahl schon im Vorfeld deutlich größer, so dass eine gewisse Mobilisierung auch für die Landtagswahl nicht auszuschließen ist. Damit ist ein Mobilisierungseffekt zu vermuten, wofür auch die im Vergleich zu 2015 um rund 12 Prozentpunkte gestiegene Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl spricht.

Auffällig ist, dass auch die Bremen Wahl trotz landespolitischer Prägung in den nationalen Kontext einzubetten ist. Die Bremer SPD hat ihre Sonderstellung verloren, auch wenn sie noch deutlich über dem Bundestrend liegt. Besonders deutlich die Veränderung der CDU, wobei die Angleichung hier primär dem geringen Bundestrend geschuldet ist, wie er auch in der Europawahl zum Ausdruck gekommen ist. Die Grünen, in Bremen seit 12 Jahren in Regierungsverantwortung, liegen im Gegensatz zu früheren Wahlen leicht unter dem Bundestrend.

Abbildung 4: Wahlergebnis Bremen und Bundestrend (Sonntagsfrage) im Vergleich



Darstellung: Landtagswahl, Bundestrend und Differenz Land/Bund. Dargestellt ist die Hochrechnung für die Landtagswahl Bremen 2019 (in Prozent; vgl. Abb. 1), das Ergebnis bei der Landtagswahl Bremen 2015 (in Prozent), die intratest dimap Sonntagsfrage (Bund) zum vergleichbaren Zeitpunkt (in Prozent) sowie die Differenz (in Prozentpunkten). Quelle: Landeswahlleiter; infratest dimap; eigene Berechnung.

Gleichwohl ist nicht ohne weiteres von einer direkten Verschränkung der beiden Wahlen auszugehen. Für die Wahlentscheidung selbst gilt jedoch, dass für die jeweilige Wahlentscheidung vorrangig europapolitische Überlegungen (im Gegensatz zur EP-Wahl 2014) bzw. landespolitische Gründe (ähnlich wie 2015) als maßgeblich angegeben werden (FGW Politbarometer Europa Extra 05/2019; FGW Mai I). Tatsächlich sind auch die **Problemlagen auf beiden Ebenen sehr unterschiedlich**. Während bei der EP-Wahl bundesweit die Themen Umwelt- und Klimaschutz (48 Prozent), soziale Sicherheit (43 Prozent) und Friedenssicherung (35 Prozent) besonders häufig als relevant für die eigene Wahlentscheidung genannt werden (infratest dimap EuropaTrend Mai 2019), sind bei der Landtagswahl vor allem **Fragen der**

öffentlichen Institutionen und Infrastrukturen drängend – hier werden Bildung/Schule/Ausbildung, Infrastruktur/Verkehr sowie Wohnen/Mieten als besonders wichtige Probleme erachtet (infratest Mai I; FGW Mai I), die auch bei der Wahlentscheidung entscheidend sein dürften.

Medial wird der Wahl in Bremen durchaus Interesse entgegengebracht, in der Gesamtschau dominiert jedoch die Wahl zum Europäischen Parlament die Berichterstattung. In den Medien wird der Wahl in **Bremen keine Test- oder Zwischenwahlfunktion** für den Bund zugeschrieben. Dennoch rückt gerade das Abschneiden der SPD in ihrem (gleichwohl sehr kleinen) Stammland Bremen in den Blick, hier könnte die Bremen-Wahl durchaus auf den Bund rückwirken. Bereits vor der Wahl kamen etwa Debatten über die Zukunft der SPD-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles im Falle einer deutlichen Wahlniederlage in Bremen auf, die zumindest die Unruhe in der SPD verdeutlichen. Doch auch für die Grünen könnten die Wahl vergleichsweise spannend sein, stellt sich doch in Bremen nach nunmehr 12 Jahren Regierungsbeteiligung die Frage, ob die Bremer Grünen auch vom Bundestrend profitieren können. Dazu kommt, dass der Koalitionsfrage – SPD-Grüne-Linke oder CDU-Grüne-FDP – auch für den Bund mittelfristig eine neue Bedeutung zukommen könnte, doch sowohl die Spezifika des Landes Bremen wie auch der Bremischen Politik sprechen klar gegen die Annahme einer Testwahl oder einer koalitionsstrategischen Neuausrichtung der Grünen über den Einzelfall hinaus. Schließlich dürfte in der CDU der Erfolg des Quereinsteigers Meyer-Heder nicht unbeachtet bleiben, wenngleich hier direkte bundespolitische Auswirkungen nicht zu erwarten sind. Alles in allem ist die Landtagswahl in Bremen damit vor allem eines - eine Landtagswahl in Bremen, bei der die Wähler/innen über Bremer Themen, Kandidaten und nicht zuletzt den Bürgermeister (Sieling vs. Meyer-Heder) abstimmen. Dies bestätigen die Bremer/innen und Bremerhaver/innen. Unmittelbar vor der Wahl geben – ähnlich wie vor vier Jahren – 75 Prozent an, dass die Landespolitik für ihre Wahlentscheidung von zentraler Bedeutung ist. Nur 21 Prozent gewichten für ihre Wahlabsicht die Bundespolitik höher (FGW Mai I). Insofern ist der nationale und europäische Kontext der Bremer Wahl zwar nicht irrelevant, entscheidend ist aber für die Landtagswahlentscheidung die Landespolitik.

3.2 Landespolitische Stimmung & Kompetenzzuschreibungen vor der Wahl

Auch wenn sich die Veränderungen in den Umfragen in Bremen den letzten Monaten vor der Wahl eher moderat ausnehmen, wurde der Wahlkampf kurz vor der Wahl unerwartet spannend – ein **Kopf-an-Kopf-Rennen** zeichnet sich ab und führt damit auch medial-kommunikativ zu einer Zuspitzung: SPD vs. CDU bzw. Sieling (SPD) vs. Meyer-Heder (CDU). Die CDU liegt wenige Tage vor der Wahl in den Vorwahlumfragen erstmals vor der SPD. Die CDU mit ihrem Politik-Quereinsteiger Meyer-Heder hat es vor der Wahl geschafft, die SPD in den Umfragen zu überholen, auch wenn das von Meyer-Heder selbst gesteckte Ziel „30 Prozent plus X“ in den Vorwahl-Umfragen nicht erreicht wird und eine Regierungsübernahme durch die CDU als eher unwahrscheinlich gilt (vgl. Abschnitt 2.2: Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven). Diese für Bremer Verhältnisse erstaunliche Kopf-an-Kopf-Rennen ist jedoch weniger Ausdruck einer Stärke der CDU als Zeichen einer Ermattung der SPD nach sieben Jahrzehnten Regierungsverantwortung in Bremen.

Dabei zeigt der Blick in die Stimmungslage vor der Wahl vor allem eines: Eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Zustand des Zwei-Städte-Staats und eine übergreifende Ablehnung aller denkbaren Koalitionsformate. Nach der sehr niedrigen Wahlbeteiligung 2015 ist damit auch 2019 eine Enttäuschung der Bremer/innen hinsichtlich des Zustands des Landes deutlich erkennbar. Dabei zeigt sich die Enttäuschung weniger auf individueller Ebene, sondern vor allem auf institutionell-infrastruktureller Ebene. Individuell sieht sich die **Mehrheit der Bremer/innen als Gewinner der gesellschaftlichen Entwicklung**, im Vergleich zur Lage vor acht Jahren ein deutlich höherer Wert (60 Prozent; +19 Prozentpunkte; infratest Mai I). Lediglich 19 Prozent

sehen sich auf der Verliererseite, wobei die Spaltung im Zwei-Städte-Staat deutlich wird: In Bremen ist der Anteil der „gefühlten Gewinner“ deutlich höher als in Bremerhaven (63 zu 51 Prozent), in Bremerhaven sieht sich fast ein Drittel „eher auf der Verliererseite“ (29 Prozent; Bremen: 17 Prozent). Die zuletzt durchaus gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und das vergleichsweise starke Wirtschaftswachstum in Bremen ist also bei den Bremer/innen angekommen, zugleich bleibt aber – auch durch die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit – ein großer Teil der **Bremerhavener/innen (nicht nur) fühlt außen** vor.

Dazu kommt ein starke landesbezogene Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz der Parteien im Allgemeinen. Rund jede/r fünfte im Land traut – wie 2015 – keiner Partei zu, die wichtigsten Aufgaben in Bremen zu lösen (22 bzw. 24 Prozent; infratest Mai I). Gleichwohl zeigen sich hier deutliche Verschiebungen: Im Gegensatz zu 2015 wird die größte **allgemeine Problemlösungskompetenz** nun der CDU zugeschrieben (30 Prozent, zuvor: 24 Prozent), während die SPD nur noch an zweiter Stelle landet (24 Prozent, zuvor 38 Prozent). Darin kommt eine deutliche Erschöpfung der Regierungspartei SPD zu Ausdruck, ohne dass jedoch Wechselstimmung zu beobachten ist: Die Mehrheit der Bremer/innen glaubt nicht, dass ein CDU-geführter Senat die Probleme Bremens besser lösen könnte (CDU kann besser lösen: nein: 54 Prozent; ja: 29 Prozent; infratest Mai I). Ein genauer Blick zeigt: Lediglich Anhänger/innen der CDU schreiben der CDU eine höhere Lösungskompetenz zu, selbst FDP-Anhänger/innen sehen eher keine bessere Chance für die CDU, und die Anhänger/innen von AfD sowie Grüne, Linke und SPD lehnen diese Einschätzung überdeutlich ab.

So kommt es, dass die Regierungskoalition ohne mehrheitliche Unterstützung ist. Prägend ist eine **hohe Unzufriedenheit mit der Senatstätigkeit**. Bremen liegt dabei im Ländervergleich gemeinsam mit dem Stadtstaat Berlin und Sachsen-Anhalt am unteren Ende der Skala wohingegen etwa Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in aktuellen Umfragen (2018-2019) von einer hohen Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit gekennzeichnet sind. Die Unzufriedenheit in Bremen ist somit stark ausgeprägt, wobei sich keine relevanten Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven ergeben (infratest Mai I). Nur eine Minderheit von 36 Prozent ist kurz vor der Wahl mit dem Senat (eher) zufrieden, wohingegen 59 Prozent (eher) unzufrieden sind (infratest Mai II). Letzteres ist jedoch keineswegs neu, bereits seit Mai 2007 überwiegt in der Wählerschaft die Unzufriedenheit mit dem Bremer Senat (infratest Mai I). Dies steht unter anderem in Verbindung mit der von rot-grün forcierten Sparpolitik, die wählerseitig nicht nur Zustimmung erfahren hat. Auffällig ist dabei, dass lediglich die Anhänger/innen der SPD mehrheitlich zufrieden sind, schon die Anhänger/innen der Grünen sind in dieser Frage gespalten (47 zu 47 Prozent), und die Anhänger/innen der anderen Parteien sind überdeutlich unzufrieden (72 bis 90 Prozent).

Mit dieser Unzufriedenheit sind – dies spricht für die Eigenständigkeit der Bremer Wahl – landespolitische Herausforderungen an vorderster Stelle verknüpft. Ganz generell sieht eine Mehrheit der Wählerschaft das Land Bremen – wie bereits 2015 eher schlecht für die Zukunft vorbereitet (eher schlecht: 58 Prozent; eher gut: 33 Prozent; FGW/ZDF Wahlberichterstattung). Die Trias **Schule/Bildung, Infrastruktur/Verkehr und Miete/Wohnen** dominieren – wie im Stadtstaat Hamburg, dort in leicht abweichender Reihung – die **Problemagenda** im Vorfeld der Wahl (infratest Mai I; FGW 05/19). Es sind also – auch in Folge der Bremer Sparpolitik – Fragen der öffentlichen Infrastrukturen, die den Bremer/innen Sorgen bereiten. Allerdings verdeutlicht die Problemagenda die Spaltung des Zwei-Städte-Staates. Während in Bremen ökonomische Aspekte eine untergeordnete Rolle spielen, sehen in Bremerhaven rund ein Drittel der Bürger/innen drängenden Handlungsbedarf im Bereich Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt (36 Prozent; in der Stadt Bremen: 9 Prozent; infratest Mai I). Tatsächlich dominieren die Themen Bildung, Verkehr und Wohnen im Stadtgebiet Bremen (54, 36 bzw. 24 Prozent), in Bremerhaven liegen hingegen die Themen Arbeitslosigkeit und Bildung mit Abstand vorne (36 bzw. 31 Prozent; infratest Mai I).

Die **Wohnungspolitik** ist jüngst in den Blick geraten und dabei gerade im Wahlbereich Bremen besonders spannend: Hier findet zeitgleich mit der Landtagswahl der „Volksentscheid über die zukünftige Nutzung des Galopprennbahngeländes im Bremer Osten“ statt. Dabei handelt es sich um ein zentrales Wohnungsbauprojekt des rot-grünen Senats, dessen politische Sprengkraft jedoch womöglich unterschätzt wurde. Wie in anderen Fällen (bspw. Tempelhofer Feld) regen sich trotz Baubedarfen lokale Widerstände. So steht im Volksentscheid zur Abstimmung, ob das Areal als Ausgleichsfläche frei bleiben muss. Mit dem Volksentscheid kommt eine mehrjährige Debatte zum Abschluss, und dies bei einer einerseits hohen Salienz des Themas und andererseits zeitgleich zur Landtagswahl.

Zuvorderst prägen also Fragen der öffentlichen Infrastruktur die Problemagenda der Bürger/innen und damit der potentiellen Wähler/innen. Doch welcher Partei werden welche **konkreten Problemlösungskompetenzen** zugeschrieben? Welche Partei kann damit im Wahlkampf punkten und Wähler/innen mobilisieren? Insgesamt zeigt sich, dass die CDU vor der Wahl ihr Kompetenzprofil schärfen konnte, wohingegen die SPD verliert. Dies deckt sich mit dem obigen Befund einer generellen Unzufriedenheit. Im Bereich *Bildung/Schule* überzeugt die CDU die Bürger/innen, sie konnte ihren Vorsprung vor der SPD im Vergleich zu 2015 klar ausbauen (infratest Mai I; FGW Mai I). Ähnliches gilt für die Wirtschaftspolitik, auch hier liegt die CDU klar vor der SPD. Weiterhin führend, wenngleich mit starken Verlusten, ist die SPD bei der Zuschreibung, für *soziale Gerechtigkeit* sorgen zu können. Hier hat die SPD im Vergleich zum Vorfeld der 2015er-Wahl 10 Prozentpunkte verloren (31 statt 41 Prozent; infratest Mai I). Spannend ist hingegen das zweitwichtigste Feld der Bremer Landespolitik, die *Verkehrspolitik*. Hier führt die CDU zwar knapp das Feld an, die Grünen können hier jedoch deutlich stärker überzeugen als noch vor vier Jahren (CDU: 29 bzw. 26 Prozent; Grüne: 21 bzw. 24 Prozent; infratest Mai I bzw. FGW Mai I). Damit ist klar: In zwei der drei wichtigsten Themenfelder dieser Landtagswahl führt vor der Wahl die CDU in den Kompetenzwerten (Schule/Bildung; Verkehr/Infrastruktur), wobei die Grünen im Bereich Verkehr/Infrastruktur dichtauf liegen. Im dritten, wenngleich weniger bedeutsamen Bereich Wohnen führt hingegen die SPD vor der CDU (30 zu 16 Prozent; FGW Mai I). Im für Bremerhaven wichtigen Thema Arbeitslosigkeit bieten sich Querverbindungen zur Wirtschaftskompetenz der CDU, wobei hieraus keine Parteipräferenzen abzuleiten sind – fühlen sich doch gerade in Bremerhaven deutlich mehr Bürger/innen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt, was häufig mit einer Sympathie für die AfD und BiW einhergeht.

3.3 Personen- und Parteiaspekte

Neben politischen Inhalten und Themen sind gerade in Stadtstaaten Landtagswahlen auch Bürgermeister-, sprich: Personenwahlen. Gerade dann, wenn sich wie jetzt in Bremen ein Kopf-an-Kopf-Rennen abzeichnet. Tatsächlich sind vor der Wahl die beiden Spitzenkandidaten von SPD und CDU in ihrem Ansehen gleichauf: Carsten Sieling wird auf der „**Beliebtheitskala**“ (von -5 bis +5) insgesamt mit +0,8 (eigene Anhänger/innen: +2,7), Carsten Meyer-Heder mit +0,6 (eigene Anhänger/innen: +2,7) bewertet (FGW 05/19). Dies ist, gerade für den Politikneuling Meyer-Heder im SPD-Stammland Bremen, ein erstaunliches Ergebnis. Die Bewertung Sielings als Regierungschef ist dabei moderat positiv (gut: 54 Prozent gut, schlecht: 33 Prozent; FGW/ZDF Wahlberichterstattung), wobei ihn vor allem Anhänger/innen der eigenen Partei (89 Prozent), der Grünen (63 Prozent) sowie der Linken (58 Prozent) überwiegend gut bewerten. Im direkten Vergleich der zugeschriebenen politischen Qualitäten liegt Sieling durchweg vor seinem Mitbewerber. Sieling gilt einer Mehrheit als sympathischer (34 zu 24 Prozent), bürgernäher (28 zu 18 Prozent), glaubwürdiger (28 zu 19 Prozent) und zuletzt als weitaus sachverständiger (36 zu 12 Prozent).

Amtsinhaber **Sieling** kann aber trotz dieses Vorsprungs in der Einzelwertung nur bedingt vom Amtsbonus profitieren. Ohne als Spitzenkandidat bei der letzten Landtagswahl nach dem

Rücktritt von Jens Böhrnsen ins Amt gekommen, gelingt es Sieling weder, sich von seiner Partei abzusetzen, noch an die Beliebtheit seines Vorgängers anzuknüpfen. Er befindet sich dabei im Vergleich den anderen Ministerpräsidenten, gemeinsam mit seinem Berliner Amtskollegen Müller und NRW-Ministerpräsident Laschet, am unteren Ende der Beliebtheitskala – mit ein Grund dafür, warum er sich auch persönlich nicht von den Parteiwerten absetzen kann. **Meyer-Heder** hingegen profitiert vom Nimbus des erfolgreichen IT-Unternehmers und passt in das gegenwärtig oftmals erfolgreiche Modell des eher pragmatischen, ideologiefreien Quereinsteigers.⁶ Was nicht zuletzt der Schwäche der CDU geschuldet ist – die Rekrutierung eines externen Bewerbers ist in Deutschland für Spitzenpositionen durchaus unüblich – erweist sich nun als strategischer Glückgriff, der in der Wählerschaft anzukommen scheint. Gleichwohl: In der Direktwahl würde Sieling deutlich, wenngleich mit weit weniger Abstand als seine Amtsvorgänger, gewinnen. Unmittelbar vor der Wahl liegt Sieling mit 42 Prozent deutlich vor Meyer-Heder mit 28 Prozent in der Direktwahl-Frage vorne (infratest Mai II; 42 zu 29 Prozent bei FGW 05/19). Ein Problem bleibt dabei, dass beide Kandidaten nicht allen Bürger/innen bekannt sind – wie so oft bei Landespolitikern ist der Bekanntheitsgrad ausbaufähig (infratest Februar). Gerade der CDU-Quereinsteiger ist vielfach unbekannt. Noch im Februar 2019 konnten nur 28 Prozent der Befragten eine positive oder negative Einschätzung abgeben, da er der großen Mehrheit schlicht (noch) nicht bekannt war (infratest Februar).

Aufmerksamkeit mit Blick auf ihre Spitzenkandidatin erregten auch die **Grünen** im Vorfeld der Wahl, als sie in einer Urwahl die langjährige Frontfrau und durchaus beliebte Finanzsenatorin Karoline Linnert stürzten.⁷ Durchsetzen konnte sich stattdessen Maike Schaefer. Die erfahrene Fraktionsvorsitzende steht dabei nicht nur für einen Generationenwechsel, sondern stärkt mit ihrem Profil auch das Kernprofil der Grünen (Umwelt/Ökologie), was gerade mit Blick auf die bundes- und europapolitische Salienz des Themas sicherlich von Vorteil sein dürfte. Zugleich hat Schaefer deutlich gemacht, am finanzpolitischen Kurs ihrer Vorgängerin festhalten zu wollen – was, gerade mit einer durch Schaefer noch verstärkten Eigenständigkeit der Grünen, in möglichen Koalitionsverhandlungen mit SPD und Linke genauer zu beobachten sein wird.

In den weiteren Parteien sind Spitzenkandidat/innen nicht von entscheidender Bedeutung für den Wahlerfolg, hier ist – etwa mit Blick auf die Koalitionsfrage – die strategische Einbettung der Parteien auch im Wahlkampf von Relevanz. Die **Linke** als möglicher Regierungspartner von SPD und Grünen tritt in Bremen als pragmatisch-konstruktive Oppositionspartei auf und ist durchaus bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dies ist ihr – unter der Führung von Fraktionschefin Kristina Vogt – auch deshalb möglich, weil sie seit 2007 in der Bürgerschaft vertreten ist und dementsprechendes Parlaments- und Verwaltungswissen aufbauen konnte. Der elektorale Erfolg der **FDP** ist seit dem Ende der Ampel-Koalition (1995) wechselhaft. Im Vorfeld der Wahl stagnieren die Umfrageergebnisse der Liberalen bei 5 bis 6 Prozent. Ob sie an den relativen Erfolg von 2015 mit der damaligen Quereinsteigerin Lencke Steiner anschließen kann, gilt vor der Wahl als fraglich. Doch trotz der unregelmäßigen Vertretung der Partei in der Bürgerschaft: im Jahr 2019 ist auch die FDP zur Verantwortungsübernahme bereit und durchaus offen für eine Regierungsbeteiligung, wenngleich diese – durch die Absage der SPD und die inhaltlichen Differenzen zu den Grünen – nicht unbedingt wahrscheinlich ist. Nicht koalitionsrelevant, aber in der Bürgerschaft erneut vertreten, sind die Parteien **AfD** und **BiW**. Beide Parteien sind als rechtspopulistische Parteien verstärkt Anlaufstelle für Protestwähler/innen und „gefühlte Abgehängte“ (vgl. Abschnitt 4.1), spielen aber insgesamt im politischen Diskurs eine geringe Rolle. Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass die AfD in Bremen mit den BiW

⁶ vgl. bspw. Florian Gathmann: Bremer Stadtpraktikant; 28.03.2019; <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bremen-mit-cars-ten-meyer-heder-will-die-cdu-die-spd-abloesen-a-1259156.html>.

⁷ Klaus Mündelein: Bremer Grüne stürzen Karoline Linnert als Spitzenkandidatin; 17.09.2018; <https://nord24.de/bremer-haven/bremer-gruene-stuerzen-karoline-linnert-als-spitzenkandidatin>.

einen relevanten Mitbewerber hat, der vor allem in Bremerhaven punktet. Die „Bürger in Wut“ konnten seit 2007 stets die Fünfprozenthürde in Bremerhaven überwinden. Die Bremer AfD hat sich hingegen zu dieser Wahl neu positioniert. War sie 2015 noch eher wirtschaftsliberal aufgestellt, so ist sie mittlerweile unter Spitzenkandidat Frank Magnitz nach rechts gerückt – was sich im Wahlkampf und den Vorwahlumfragen nicht auszahlt, im Gegenteil.⁸

4 Wahlverhalten im Detail

4.1 Zufriedenheit & Alter

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen, die in dieser Schnellanalyse nicht im Detail nachgezeichnet werden können. Zwei Aspekte sind jedoch durch Vorwahl- und Wahltagsanalysen klar erkennbar. Zum einen ist ein klarer Zusammenhang in der Wahlabsicht mit der **sozioökonomischen Frage** ersichtlich. Wie oben skizziert, sieht sich die Mehrheit der Bremer/innen als Gewinner der jüngeren gesellschaftlichen Entwicklung. Besonders positiv fällt die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung bei den höher Gebildeten aus (65 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung Mai I). Wenig überraschend: Diese Einschätzung korrespondiert auch mit den eigenen Wahlabsichten. Während rund drei Viertel der Anhänger/innen der Grünen und CDU besonders positiv gestimmt sind (75 bzw. 72 Prozent), sehen sich Anhänger/innen von Linke und AfD vergleichsweise selten als Gewinner (47 bzw. 41 Prozent). Besonders deutlich: Einzig Anhänger/innen der AfD sehen sich häufiger als Verlierer denn als Gewinner (Verlierer: 46 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung Mai I). Damit bestätigt sich in Bremen der auch bei anderen Wahlen der jüngeren Vergangenheit erkennbare Trend, dass Linke und vor allem AfD als Partei der „gefühlte Abgehängten“ reüssieren, während sich CDU- und Grünenanhänger/innen auf der „Gewinnerseite“ sehen.

Zum anderen, und dies fokussiert auf einen schon länger erkennbaren Trend, ist die **Altersstruktur der Wählerschaft** besonders aufschlussreich. Hier zeigt sich, dass die schon lange in der Fachliteratur diskutierte Überalterung der ehemaligen Volksparteien auch in der Wählerschaft erkennbar ist. CDU und SPD erzielen lediglich in der Wählergruppe „60+“ Anteile von über 30 Prozent, wohingegen sie bei jüngeren Wähler/innen deutlich schlechtere Ergebnisse erzielen. Hier sind die Grünen besonders erfolgreich. Ihnen gelingt es, gerade in der Gruppe der unter-30jährigen mit rund 28 Prozent überdurchschnittliche Ergebnisse zu erzielen. Dies ist zum einen sicherlich der jüngeren Anhänger- und damit Wählerschaft verbunden, zum anderen aber auch durch die gerade in dieser Altersgruppe derzeit besonders wichtige Bedeutung der Klima- und Umweltpolitik geschuldet. Auf Linke und FDP erzielen in der jüngeren Wählerschaft dabei leicht überdurchschnittliche Ergebnisse, wohingegen die AfD vor allem in der Gruppe der 45-59jährigen leicht überdurchschnittlich abschneidet.

Tabelle 2: Stimmanteile in Altersgruppen

	16-29 J.	30-44 J.	45-59 J.	ab 60 J.
CDU	15	23	29	35
SPD	16	20	24	33
Grüne	28	23	18	11
Linke	17	13	11	9
FDP	8	6	5	5
AfD	3	6	7	3

Stimmanteile in den jeweiligen Altersgruppen (in Prozent; gerundet); Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Befragung am Wahltag in Bremen, 26.05.2019

⁸ Reinhard Bingener: Rollentausch am Rand; 21.05.2019; <https://www.faz.net/-gpg-9n63n>.

4.2 Geschlecht & Berufsgruppe

Wenig Überraschendes gibt es in der **Geschlechterfrage** zu vermelden: Wie üblich erzielen die Grünen bei Frauen deutlich bessere Ergebnisse als bei Männern (22 bzw. 17 Prozent; FGW/ZDF Wahlberichterstattung), wohingegen AfD und BiW bei Männern etwas besser abschneiden. Insgesamt sind die Unterschiede jedoch moderat.

Ebenfalls dem typischen Muster entspricht das **Wahlverhalten in den verschiedenen Berufsgruppen** (FGW/ZDF Wahlberichterstattung). Die CDU schneidet, sicherlich auch ein Effekt des Spitzenkandidaten, bei den Selbstständigen besonders gut ab (33 Prozent), aber auch bei den Beamten und Angestellten (31 bzw. 27 Prozent). Die SPD erzielt vor allem bei Arbeitern und Beamten überdurchschnittliche Ergebnisse (31 bzw. 27 Prozent), wohingegen die Grünen bei den Arbeitern mit 11 Prozent unterdurchschnittlich punkten. Sie erreichen ihre besten Ergebnisse bei Selbstständigen und Angestellten, aber auch bei Beamten sind die Ergebnisse überdurchschnittlich (22, 20 bzw. 19 Prozent). Bei der Linken zeigen sich keine spezifischen Differenzen, die FDP liegt bei den Selbstständigen leicht überdurchschnittlich (8 Prozent), wohingegen die AfD wie auch die BiW vor allem bei Arbeitern gute Ergebnisse erzielen (10 bzw. 4 Prozent).

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.17>

Erscheinungsdatum: Mai 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.